

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verbandsstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kaffierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 29. März 1930

34. Jahrgang

Nummer 13

Aktienkurs, Dividende und Rendite

Im Februar-Heft der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ wird die Bewegung der Aktienkurse im Jahre 1929 dargestellt und ihr Einfluß auf die Rendite errechnet. Dieser letzte Begriff spielt in den Diskussionen über die Wirtschaftslage eine wichtige Rolle, weshalb sein Wesen kurz erläutert werden soll. Wer für sein Geld Aktien kauft, will zweifellos daran verdienen. Das ist auf zweierlei Art und Weise möglich. Erstens, man erwartet ein Steigen der Kurse und verkauft dann die Aktien. Ist das der Fall, dann wird an jeder Kurssteigerung verdient. Wer eine Aktie im Nennwerte von 1000 Mark (das ist die typische Größe) zum Kurs von 120 erwirbt, bezahlt 1200 Mark dafür. Steigt nun der Kurs auf 130, so erhält er beim Verkauf für dasselbe Papier 1300 Mark; er verdient also an der Kurssteigerung 100 Mark. Das kann bei lebhafter Börsenbewegung sogar binnen wenigen Tagen der Fall sein. Das große Heer der Börsenspekulanten rechnet damit, an der Kursbewegung zu verdienen. Als zweite große Käufergruppe an der Aktienbörse fungieren die, die für ihr Geld eine sichere Anlage suchen, die des weiteren aber auch eine höhere Verzinsung erwarten, als sie ihnen Bank oder Sparkasse gewähren würde.

Wer eine Aktie zum Kurs von 100 oder — wie der börsenmäßige Fachausdruck dafür lautet — zu pari erwirbt, bezahlt für eine 1000-Mark-Aktie genau 1000 Mark. Die Verzinsung für diesen Betrag stellt die Dividende dar, die das Unternehmen am Jahres-schluß ausschüttet. Hier also ist Dividende gleich Zinsfuß; denn diese bezieht sich immer auf den der Aktie aufgedruckten Nennwert. Wie ist es aber nun um die Verzinsung bestellt, wenn die Aktie zu einem höheren oder niedrigeren Kurs als 100 erworben wird? Nehmen wir wiederum ein Beispiel. Jemand kauft eine Aktie zum Kurs von 50, bezahlt also für die 1000-Mark-Aktie nur 500 Mark. Es wird eine Dividende von 9 Prozent ausgeschüttet. Dann erhält er für seine 1000-Mark-Aktie 90 Mark Dividende. Da ihm diese aber nur 500 Mark gekostet hat, so haben sich diese um 90:5 oder 18 Prozent verzinst. Dieser Zinsfuß ist die Rendite! Sie steigt beim Fallen der Kurse und sinkt bei deren Steigen. Hätte er dieselbe Aktie zu einem Kurs von 150 erworben, also 1500 Mark dafür bezahlt und ebenfalls nur 90 Mark Dividende erhalten, so würden diese, auf die 1500 Mark umgerechnet, eine Verzinsung von nur 6 Prozent darstellen, mit andern Worten, die Rendite würde nur 6 Prozent ausmachen. Das zum Wesen der Rendite. Nun zu ihrer Bedeutung.

Es ist bekannt, daß heute Lohn- und Arbeitszeitkämpfe ausschließlich mit wirtschaftlichen Argumenten geführt werden. Im Mittelpunkt aller Arbeitsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften steht heute Beweis und Gegenbeweis darüber, ob der betreffende Gewerbebezug den von ihm geforderten Mehraufwand tragen kann oder nicht. Hier ist von Gewerkschaftsseite vornehmlich darauf zu achten, daß von Unternehmervertretern nicht jenes Manöver geübt wird, in dem sie mit den Begriffen Kurs und Rendite alles, was in ihrem Interesse liegt, beweisen können. Steht nämlich der Kurs tief, dann beziehen sie sich auf ihn und führen ihn als Beweis dafür ins Feld, wie schlecht es um die Wirtschaftslage bestellt ist. Liegt hingegen das Kursniveau hoch, so verweisen sie auf die dadurch bedingte niedrige Rendite, die es keinem geraten erscheinen lasse, sein Geld in Aktien dieser Branche anzulegen. Das ist eine Zwischmühle, wo der, der mit den Begriffen geschickt zu operieren versteht, immer recht behalten kann. Das gilt natürlich auch für die Gegenseite, den Gewerkschaftsvertreter, der bei tiefem Kursniveau auf die hohe Rendite und im umgekehrten Falle auf die hohen Kurse als Ausdruck befriedigender Wirtschaftslage verweisen kann. Er hat dabei noch den Vorteil, bei hohem Kursstand der Aktien darauf zu verweisen, daß sich so und soviel Prozent, in Paketen zusammengefaßt, in diesen oder jenen Händen befinden und zu einer Zeit erworben worden sind, als der Kurs wesentlich anders lag als jetzt, daß also auch für die Mehrheitsbesitzer eine andere Rendite gelte, als die heute aus Kursstand und letztjähriger Dividende zu errechnende. Hier zeigt es sich, daß für den Gewerkschafter als Verhandlungspartner auch die Kenntnis der industriellen Verhältnisse notwendig ist.

Nun zur Entwicklung der Rendite in der deutschen Gesamtindustrie, soweit sie sich aus den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes, das seine Feststellungen über 329 repräsentative Aktien der deutschen Industrie, des Handels und des Verkehrswesens ausgedehnt hat, ergibt. Danach gestaltete sich während der letzten drei Jahre Kurs, Dividende und Rendite bei diesen Gesellschaften wie folgt:

	Ende des Jahres:		
in Prozenten:	1927	1928	1929
Durchschnittsdividende	7,14	8,29	8,35
Aktienkurs	160,91	165,99	126,82
Rendite	4,44	4,99	6,58

Es lag also im letzten Jahre die Durchschnittsrendite bei 6,58 Prozent, während sie Ende des letzten Vorkriegsjahres 1913 nur 5,87 Prozent betrug.

Dieser Satz stellt die Realverzinsung der in Aktien angelegten Gelder dar. Er hat mit der wirklichen, also den vom Unternehmer erwirtschafteten Ueberschüssen, die zur Verzinsung des Aktienkapitals heranzuziehen sind, nichts gemein. Denn es ist ja zur Genüge bekannt, daß diese nur teilweise als Dividende ausgeschüttet werden, sondern durch hohe Reinergebnisse und überhöhte Abschreibungen dem Unternehmen erhalten bleiben. In der gleichen Nummer von „Wirtschaft und Statistik“ ist eine Bilanzanalyse von 296 deutschen Aktiengesellschaften durchgeführt, aus der unter anderem auch hervorgeht, daß vom 30. Juni 1928 bis zum 30. Juni 1929 die ausgewiesenen Reserven von 305,5 Millionen Mark auf 352,9 Millionen Mark gestiegen sind, während im gleichen Zeitraum die Abschreibungen von 121,3 auf 139,6 Millionen Mark erhöht wurden. Diese Verhältnisse sind mit in Rechnung zu stellen, wenn ein einigermaßen klares Bild über die Lage der Wirtschaft gegeben werden soll, wobei sich allerdings zeigt, daß die gedrückte Konjunktur des verflochtenen Jahres den finanziellen Stand der einzelnen Unternehmungen lange nicht in dem Ausmaße zu beeinflussen vermochte, wie es von Unternehmerseite stets hingestellt wird.

Arbeitsbeschaffung im Straßenbau

Der Straßenbau ist eines der Gebiete, die zur Entlastung des Arbeitsmarktes wesentlich beitragen können. Die Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie brauchte gar nicht so hoch zu sein, wenn es nur gelingen würde, die Mittel zum Straßen- und Wegebau flüssig zu machen. Auf ein Vorkommnis in der letzten Zeit soll nachstehend hingewiesen werden. Der Siedlungsverband „Ruhrkohlenbezirk“ dient der Aufgabe, durch Umlage der Kosten auf alle angeschlossenen Städte durchgehende Verkehrsstraßen, sogenannte „Verbandsstraßen“ im Bereich des gesamten Ruhrgebietes zu erbauen. In seinem diesjährigen Etat hatte der Siedlungsverband, wie das leider heute sehr oft geschieht, die Mittel für den Straßenbau erheblich gekürzt, also eine wesentliche Verminderung seiner Arbeiten geplant. Der volkswirtschaftlich-technische Ausschuß des Verbandes faßte am 6. März auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter mit 13 gegen 12 Stimmen folgenden Beschluß:

Der volkswirtschaftlich-technische Ausschuß hält die Durchführung der begonnenen Straßenbauten aus verkehrstechnischen und aus wirtschaftlichen Gründen für unbedingt notwendig, da durch die Stilllegung der Baustellen ein Schaden entstehen kann, der auch im Hinblick auf

eine notwendig werdende Erhöhung der Verbandsumlage nicht zu rechtfertigen ist.

Wie man sieht, wurde dieser Beschluß nur mit knapper Stimm-mehrheit gefaßt. Es ist noch nicht sicher, ob er auch im Plenum Annahme finden wird. Immerhin ist diese Stellungnahme ein Beweis dafür, daß die Einsicht über die Notwendigkeit des Straßenbaus wächst. Wir möchten anknüpfend an dieses Beispiel den dringenden Wunsch aussprechen, daß alle Gemeinden und Kommunalverbände ähnlich wie der volkswirtschaftlich-technische Ausschuß des Siedlungsverbandes „Ruhrkohlenbezirk“ den Straßenbau mehr Beachtung schenken. An dieser Stelle sollte zuletzt gelagt werden, wenn die Unternehmer und Arbeiter des Straßenbaugewerbes und der Steinindustrie den Wunsch nach Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten aussprechen, so handeln sie sicher nicht aus purem Egoismus, sondern sie sind der Ueberzeugung, daß damit einer dringenden volkswirtschaftlichen Notwendigkeit Rechnung getragen wird. Auch andere Kreise und namentlich die in Frage kommenden Behörden sollten dies einsehen. Wir werden jedenfalls nicht erlahmen, immer wieder auf die dringende notwendige Beachtung des Straßenbaues hinzuweisen.

Urabstimmung im Verband

Vom 1. bis 13. April soll in den Verbandszahlstellen, die vom Berliner Verbandstag (September 1929) beschlossene Urabstimmung vorstatten gehen!

Kein Verbandsmitglied halte sich von der Abstimmung fern, die, je nach örtlichem Beschluß, entweder in den Betrieben oder in Versammlungen stattfinden kann. Allerdings nur eins von beiden ist zulässig.

Die nötigen Unterlagen wurden jeder örtlichen Verbandsleitung bereits am 18. und 19. März zugestellt.

Vorlage und Abstimmungsregeln siehe „Steinarbeiter“ Nr. 12, 1. Seite.

Weitsichtige Verbandsmitglieder stimmen für die Einführung der Invaliden-Unterstützung im Verband und bekunden dieses auf dem Abstimmungszettel mit: Ja!

Die Younggeetze angenommen. Was nun?

Im Reichsparlament ist nunmehr über die Annahme der Haager Abmachungen entschieden worden. Lange hindurch hat ein Kampf tobend um die Ratifizierung des Youngplans und die Steuergeetze. Die bürgerlichen Parteien verlangten, daß, bevor der Youngplan endgültig angenommen wird, die Steuergeetze, d. h. also die Lastenverteilung entschieden sein müsse. Die Interessengegenstände plakten scharf aufeinander. Schließlich entschied man sich dafür, die Steuergeetze zurückzustellen und über die Reparationsabmachungen allein zu entscheiden. Dies ist dann nach heftigen Kämpfen geschehen.

Es war von vornherein klar, daß die Geetze, die mit dem Youngplan zusammenhängen, die ganze Zerrissenheit der parlamentarischen Vertretung mit ihrer Vielheit von Parteien und Interessengruppen zeigen würden. Der vorbildliche Geschicklichkeit des Reichstagspräsidenten Löbe gelang es, die erregten Kämpfe zum Abschluß zu bringen. Tagelang wogte die Redebühne hin und her. Schließlich wurden die Geetze über die Haager Abmachungen in namentlicher Schlussabstimmung mit 265 gegen 192 Stimmen und 3 Stimmenthaltungen angenommen. Zu gleicher Zeit wurde auch über das Liquidationsabkommen mit Polen abgestimmt, das nur mit knapper Mehrheit von 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen Annahme fand. Einher mit diesem Abkommen ging die Erledigung der Miktrauensanträge gegen die Regierung. Der kommunistische Miktrauensantrag gegen die Regierung Müller-Severing wurde mit 277 gegen 169 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen abgelehnt. Damit waren die parlamentarischen Kämpfe über die Younggeetze zugunsten der Regierung entschieden.

Mit der Verabschiedung dieser Geetze hat der Reichstag eine Entscheidung gefaßt, die zu den schwersten gehört, die jemals einem Parlament gestellt war. Damit ist der Krieg, wenigstens soweit die Geetzegebung in Frage kommt, endgültig liquidiert. Ein Zeitabschnitt von 16 Jahren, der zu den schmerzlichsten gehört, den je ein Volk durchzumachen hatte, liegt damit hinter uns. Die Rechts- und Linksblockgeistes haben alles mögliche versucht, um die Geetze, die in Haag vereinbart waren, nicht zur Annahme gelangen zu lassen. Als sie sahen, daß die Einwirkung auf das Parlament unmöglich war, legte man auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg die letzte Hoffnung. Ganze Wäskörbe voll Briefe wurden täglich im Büro des Reichspräsidenten abgeliefert, die den Zweck verfolgten, ihn von der Unterzeichnung der Geetze abzuhalten. Der Reichspräsident war die letzte Instanz, da er die vom Parlament verabschiedeten Geetze zu unterzeichnen hatte. Für ihn standen zwei Wege offen: er konnte entweder die Geetze unterzeichnen, womit der Schlüssel unter diese gesetzt wurde, oder seine Unterschrift verweigern und durch einen Volksentscheid die Entscheidung dem gesamten Volke überlassen. Da er sich für das erstere entschied, hat er sich im bewußten Gegensatz zu den Leuten gesetzt, die ihn als Reklameschild immer wieder benutzt haben. Man könnte es als ein tragisches Geschick bezeichnen, daß ein kaiserlicher Generalfeldmarschall, der dem Krieg 1914 bis 1918 mehr oder weniger seinen Stempel aufgedrückt hat, dessen Auswirkungen auch liquidieren mußte. Es muß anerkannt werden, daß in diesem Augenblick, wo das Gefüge des Staates auf dem Spiele stand, der Reichspräsident von Hindenburg sich als eine starke Stütze der Republik erwies. In welche inneren Konflikte Hindenburg dadurch gelangt war, zeigte der Aufruf, den er an das deutsche Volk erlassen hat. Er erklärte dort, daß er nach

Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Planes zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß trotz der schweren Belastung, die der Plan dem deutschen Volke auferlegt und trotz der großen Bedenken, die gegen manche Bestimmungen erhoben werden können, der Youngplan im Vergleich zum Dawesplan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Befreiung und des Wiederaufbaues Deutschlands bedeutet.“ Hindenburg fügte hinzu: „Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu tun. Deshalb hatte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke durch einen Volksentscheid oder meinen Rücktritt, die Verantwortung von mir abzuschieben, bei mir nicht Boden fassen.“ Die gemeinsame Linie, die zwischen dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung hergestellt war, hat zur politischen Entspannung beigetragen. Die Younggeetze sind nunmehr erledigt. Nun kann das Schicksal seinen Lauf nehmen.

Im Anschluß an diese Auseinandersetzungen kam ein anderes Geetz zur Annahme, das ebenfalls bedeutsam genug ist, von den Gewerkschaften beachtet zu werden. Es handelt sich um das Geetz zum Schutze der Republik. Bekanntlich war das frühere Geetz gefallen, und es mußte versucht werden, ein neues an seine Stelle zu setzen. Die Behandlung dieses Geetzes im Reichstag gestaltete sich nicht minder dramatisch. Von rechts und links traten die Kämpfer auf dem schlüpfrigen Boden des parlamentarischen Parketts auf den Plan, um den gesetzlichen Schutz dieser ihnen verhassten Staatsform zu verhindern. Es half nichts, der Reichstag mußte sich in irgendeiner Form entscheiden. Das Republikchutzgeetz gelangte in der Schlussabstimmung mit 255 Stimmen gegen 145 Stimmen zur Annahme. Damit war auch diese Entscheidung gefallen. Das Republikchutzgeetz bietet die Handhabe, die Einrichtungen der Republik zu schützen. Ein neuer Abschnitt im Leben des Staates beginnt. Es wird nunmehr an der Arbeiterschaft liegen, den Staat, dessen äußere Form nunmehr gesichert ist, in ihrem Sinne umzugestalten.

Große Entscheidungen waren es, die von den verantwortlichen politischen Körperschaften getroffen wurden. Es ist nunmehr Klarheit darüber geschaffen, wie sich das wirtschaftliche und politische Leben innerhalb unserer Landesgrenzen gestalten soll. Der Schwerezustand, den wir seit 16 Jahren durchlebten, hat nunmehr aufgehört. Feste Entwicklungslinien können von nun ab verfolgt werden. Die Belastung des Volkes durch Reparationsleistungen steht auf Jahrzehnte fest. Es ist keine Kleinigkeit, 2050 Millionen jährlich ohne Gegenwert über die Grenze gehen zu lassen. Kein Zweifel darf darüber sein, daß diese Summe auf die sozialen Verhältnisse von großem Einfluß sein wird. Aber nach Lage der Dinge war z. Bt. eine andere Regelung nicht zu erreichen. Hoffentlich gelingt es der jüngeren Generation, die weniger mit den Sünden des Krieges moralisch belastet ist, eine Veränderung im Laufe der Zeit durchzusetzen. Möglichkeiten hierzu sind mannigfach vorhanden.

Die Gewerkschaften müssen sich nunmehr mit den politischen Entscheidungen abfinden. Der Kampf um die Verteilung der Lasten ist damit noch nicht entschieden. Die politischen Körperschaften werden sich hierüber in kürzester Frist schlüssig werden. Den Gewerkschaften bleibt es vorbehalten, auf wirtschaftlichem Gebiete die einseitige Belastung des arbeitenden Volkes abzuwehren. Bei jeder Lohnbewegung werden sich die politischen Entscheidungen dieser Tage bemerkbar machen. Die Unternehmer werden immer wieder darauf hinweisen, daß jede Verbesserung der Lebenslage gehemmt wird durch die Reparationsbelastungen. Die Gewerkschaften konnten keine andere Regelung erzwingen und sind für die Dinge nicht verantwortlich. Es läßt sich nicht leugnen, daß die in Aussicht genommenen Steuergeetze eine einseitige Belastung der arbeitenden Bevölkerung vorsehen. Dadurch wird der soziale Lebensstandard ungünstig beeinflusst. Den Gewerkschaften bleibt es nunmehr überlassen, dieses Manko durch eigene Kraft auszugleichen. Die Hauptentscheidung der Lastenverteilung erfolgt auf dem Boden der wirtschaftlichen Kämpfe. Daß dies keine kleine Aufgabe ist, dürfte jedem ohne weiteres einleuchten. Nicht schwache Gebilde, sondern starke Gewerkschaften, ausgerüstet mit allen Machtmitteln organisatorischer und finanzieller Art, sind in der Lage, die gestellten Aufgaben zu erfüllen. Wir sehen in die deutsche Arbeiterschaft das Vertrauen, daß sie weiß, um was es sich bei den nächsten Kämpfen handelt. Die parlamentarischen Kämpfe sind zu Ende, die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen werden nun erst beginnen.

